

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

133 (15.5.1900)

Beilage zu Nr. 133 der Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 15. Mai 1900.

Badischer Landtag.

13. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. am Samstag, den 12. Mai 1900.

Unter dem Vorsitz des Durchlauchtigsten Präsidenten
Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Karl
von Baden.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister
der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Koff,
Geh. Rath Dr. Arnsperger, Direktor des Großh.
Oberlehrer, Geh. Oberregierungsath Becherer, Geh.
Oberregierungsath Braun, Ministerialrath Dr. Böhm.

Der Durchlauchtigste Präsident eröffnete die
Sitzung um 9 Uhr.

Namens der Budgetkommission erstattete Geh. Rath
Dr. Schenkel Bericht über das Budget des Großh.
Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts
(Ausgabebetitel IX und X — Unterrichts-, Wissenschaften
und Künste — Einnahmebetitel III, Unterrichts-) und
führt aus: Die Regierung hat in dankenswerther Weise
ein umfangreiches Werk über die Statistik unseres Unter-
richtswesens in Aussicht gestellt. Es ist zu wünschen, daß
dem Werk nicht etwa nur der jetzige Stand unseres Unter-
richtswesens oder der in den letzten 30 bis 40 Jahren
zu Grunde gelegt wird, es soll daselbe vielmehr statistische
Feststellungen von den ersten Anfängen der badischen
Unterrichtsverwaltung, von 1803, an enthalten. Redner
dannt sodann dem Leiter der Unterrichtsverwaltung, der
dem badischen Unterrichtswesen das Gepräge seiner Indi-
vidualität verliehen habe, für die auf ebendasselbe ver-
wendete Fürsorge, die sich aus der reichen Ausgestaltung
des ordentlichen und außerordentlichen Etats ergebe. Red-
ner fährt dann fort: An der Wende eines Jahrhunderts
können der Berichterstatter es sich nicht versagen, einen
Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung unseres Unter-
richtswesens im verflochtenen Jahrhundert zu geben.

Was die äußere Entwicklung der Schulen anlangt, so
hätten die Volksschulen große Fortschritte gemacht;
die Lehrer seien aus der Stellung vornehmlich mit Natu-
ralien bezahlter Gemeindebeamten Dank der eingreifenden
Fürsorge der Regierung und der Landstände in den be-
traglichen Mittelstand eingetreten; insbesondere in kleineren
Landgemeinden zählten sie zu den Persönlichkeiten, die
mit einer ansehnlichen Geldeinnahme ausgestattet seien.
Das Schulmeisterlein, das in der Literatur früherer
Zeiten, in Romanen und Novellen, seinen ständigen Platz
eingenommen habe, sei aus denselben ganz verschwunden.
Doch, mit dieser Stellung nicht zufrieden, streben sie
darnach, auch in die Gehaltsordnung der Beamten auf-
genommen zu werden.

Die Kommission erachte es zwar als den Verhältnissen
entsprechend, daß auch die Bestimmungen über die Bezüge
der Lehrer an Volksschulen im Sinne einer entsprechenden
Aufbesserung einer Durchsicht unterworfen werden, wenn
und soweit die günstige Finanzlage des Staats hiezu die
Mittel biete. Sie halte aber eine solche Aufbesserung
nicht für so dringend, daß noch im Laufe dieses und des
nächsten Landtages damit vorzugehen wäre, umsoweniger,
als erst auf dem vorigen Landtage durch das Gesetz vom
17. September 1898 mittelst Abföderung der Zulagegrößen
und Erhöhung der Zulagen eine Aufbesserung der Lehrer-
bezüge in erheblichem Betrage erfolgt sei, als in dem von
der Großh. Regierung in Aussicht gestellten Wegfall der
Witwenrentenbeiträge vom 1. Januar 1900 an eine weitere,
auch den Lehrern zu gute kommende Besserstellung ein-
treten werde. Es werde daher nach Ansicht der Kom-
mission die Frage einer weiteren Erhöhung der Bezüge
der Volksschullehrer nicht für sich gesondert, sondern nur
im Zusammenhang mit der für die nächsten Jahre in
Aussicht genommenen Durchsicht des Beamtengehaltstari-
fs in Erwägung zu ziehen sein.

Die Mittelschulen — ursprünglich habe es deren
nur zwei Arten, Lyceum und höhere Bürgerschule, gegeben
— seien Dank des Zusammenwirkens von Staat und
Gemeinden vermehrt und vielgestaltiger ausgebildet
worden. Das Gewerbe- und Fachschulwesen sei in
erfreulicher Entwicklung begriffen, die Gewerbeschulen, die
sich aus den Fortbildungsschulen heraus entwickelten, seien
in stetigem Wachsen begriffen und die Fachschulen hätten
ihre höchste Entwicklung in den Kunstgewerbeschulen in
Pforzheim und Karlsruhe und in der Baugewerkschule
erreicht.

Vergleiche man den Stand der Hochschulen von 1803
mit dem heutigen, so erfülle einem große Befriedigung.
Die Universität in Heidelberg, die durch die Neugrün-
dung im Jahre 1803 aus einem Zustand des Verfalls
gerettet worden sei, sei dank der unablässigen Fürsorge
des Staats eine Universität von Weltruf geworden und
auch die Universität Freiburg, die bis in die Mitte des
verflochtenen Jahrhunderts ein bescheidenes Winkelbuclein
geführt hätte, im Jahre 1857, ihrem 400jährigen Jubiläum
nur von 300 Studenten besucht worden sei, habe sich zur
Weltuniversität emporgeschwungen, trotz bei der Nähe der

vom Reich unterstützten Universität Straßburg nicht günsti-
gen äußeren Verhältnissen.

Werfe man einen Blick auf den inneren Entwick-
lungsgang unseres Unterrichtswesens, so treten drei Ent-
wicklungsstadien hervor, einmal — was er kurz Ver-
staatlichung nenne — dann das Streben nach Fort-
entwicklung nach der realen, mathematisch-natur-
wissenschaftlichen Seite und schließlich die der Erziehung
und des Unterrichts der Frauen.

Die Verstaatlichung, ein Schlagwort unserer Zeit,
vollziehe sich auf allen Gebieten mit unheimlicher Gewalt.
Während ursprünglich Gemeinden und Stiftungen für die
Kosten der Unterrichtsverwaltung eingetreten seien, wäre
die Unterstützung durch Stiftungen ganz zurückgetreten,
die Beitragsleistung seitens der Gemeinden beschränken
sich auf einzelne Fälle; an der Stelle von Stiftungen und
Gemeinden trete der Staat mit immer mehr steigenden
Beträgen ein; für die Lehrer an Volksschulen werden
allein 1 1/2 Millionen vom Staate ausgebracht. Die Gym-
nasien seien ganz verstaatlicht und auch hinsichtlich der
Schulen, die ihrer Natur nach Gemeindefschulen seien,
sei man bezüglich des Persönlichen mit der Ver-
staatlichung vorgegangen. Die Verstaatlichung auf diesem
Gebiete hätte dem Staat den Personalwechsel in die
Hand gegeben, den Lehrern selbst eine bessere und auch
für ihre Angehörigen sicherere Existenz verliehen. Die
Verstaatlichung hat allerdings auch ihre Schattenseiten.
Sie dränge naturgemäß die private Thätigkeit zurück; es
trete auf dem Gebiete des Schulwesens ein schablonisierter
Großbetrieb in den Vordergrund. Man sei auf dem
Wege, die Schablonisierung für das ganze Gebiet des
Deutschen Reichs einzuführen; es sei dies allerdings eine
Folge, die man in Interesse der Freizügigkeit der Wissen-
schaft ziehen müsse. Die Schattenseite des Schablonisierens
sei das Zurücktreten des Individualisierens und der Mög-
lichkeit des Experimentierens. Als in der Mitte des 18.
Jahrhunderts eine neue, segensreiche Bewegung auf dem
Gebiete der Pädagogik sich gezeigt habe, so sei diese nicht
vom Staate und nicht von den Gemeinden, sondern von
der Initiative einzelner Persönlichkeiten und von der Bil-
dung von Privatschulen ausgegangen.

Die private Thätigkeit solle erhalten werden und wieder
ausleben und insbesondere auf dem Fachschulwesen dürfte
es sich empfehlen, daß die Interessenten aus eigenen
Kräften etwas leisteten. Die Regierung habe allerdings
die von ihm erwünschten Schattenseiten der Verstaatlichung
dadurch abgemildert, daß sie selbst Experimente
gemacht habe. Zwischen Gymnasien und Realschulen
sei als Mittelglied das Realgymnasium eingestellt worden
und die auf Umgestaltung des Lehrplans der Gymnasien
gerichtete Bewegung sei durch die Errichtung eines Reform-
gymnasiums berücksichtigt worden. Die zweite Ent-
wicklungsstadium anlangend, so treten die realen
Fächer neben den anderen Fächer, ohne insbesondere die
log. idealen Fächer zurückdrängen, hervor. Für Ge-
werbeschulen sei durch die meisten Statute ein heil-
samer Schulzwang eingeführt; die Fachschulen seien in
reicher Entwicklung, besonders sei es zu begrüßen, daß die
technische Hochschule zu einem Zentralpunkte der
technischen Fächer, auch der naturwissenschaftlichen und
mathematischen, geworden sei; auch sie sei eine Hochschule
wie die Universitäten. Die Tendenz, auch die Frauen
durch geeignete Vorbildung den Forderungen der
modernen Kultur gewachsen sein zu lassen, habe vor un-
fähr 20 Jahren zur Anstellung von Lehrerinnen und
damit zusammenhängend zur Einrichtung von Lehrerinnen-
seminaren geführt. Die Frau finde aber auch auf den
eigentlich weiblichen Berufsgebieten eine gründliche Aus-
bildung und in dankenswerther Weise habe Regierung
und Volksvertretung der Einrichtung von Lehranstalten,
so von Arbeits-, Haushaltungs- und Kochschulen ihre
Aufmerksamkeit geschenkt. Die letzten Jahrzehnte hätten
die höheren Mädchenschulen und die allerjüngste Zeit die
Zulassung der Frau zum akademischen Studium gebracht.
Die Kommission sei zwar der Ansicht, daß die Ent-
wicklung der Frau nicht auf das Gymnasium zielen, sie
glaube den Schwerpunkt der Ausbildung der Frau in
Haushaltung, Kochen, überhaupt in rein weiblicher Arbeit
sehen zu sollen. Damit soll aber nicht gesagt sein,
daß dem Studium speziell veranlagter Frauen der Weg
verschlossen sein soll; dies solle umsoweniger der
Fall sein, als doch auch z. B. in der Medizin ein Be-
dürfnis nach studierenden Frauen besteht.

Frage man sich nun zum Schlusse, ob denn die großen
Aufwendungen des Staates für das Unterrichtswesen ein
Ergebnis dahin zeitigt hätten, daß der sittliche und
geistige Bildungsstand des Volkes im Verhältnis zu diesen
Aufwendungen gestiegen sei, so sei soviel sicher, daß die Jugend
im allgemeinen eine geistige, ideale, charakterbefestigende
und vaterländische Erziehung in den Schulen genieße.
So sei es möglich geworden, den Bildungsstand der
untersten Volksschichten ungemein zu heben, dem Mittel-
stand eine angemessene Fachbildung zu gewähren und ihn
konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu machen. Auch in
den höchsten Kreisen der Bevölkerung sei das Wissen er-
heblich gefördert. Die großen Opfer seien nicht fruchtlos

aufgebracht worden, sie hätten sich reichlich gelohnt. Auf
der heutigen Grundlage solle weiter gearbeitet werden.

Hierauf wurde die allgemeine Diskussion
geschlossen und in die Spezialdebatte ein-
getreten.

Titel IX. I. Höhere Unterrichtsanstalten — Uni- versität Heidelberg.

Professor Dr. Schäfer dankt der Regierung für die
der Universität Heidelberg zugewandte Fürsorge, ins-
besonders für die Einstellung einer Position für den
Bibliotheksbau. Die Platzfrage bezüglich des Bibliotheks-
baues sei glücklich gelöst; die Bibliothek werde sich in der
Nähe des Auditoriengebäudes befinden. Durch den Neu-
bau werde wohl auch dem jetzt sich sehr fühlbar machenden
Uebelstand abgeholfen, daß — infolge des Raummangels
und des Mangels an Personal — die Benützungszeiten
der Bibliothek zu kurz wären.

Durch den Neubau würde der jetzige Bibliotheksbau zu
anderen Zwecken verfügbar, und er wolle die Frage zur
Erwägung geben, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die
alte Bibliothek zu einem Seminarhaus zu verwenden,
in dem dann alle Seminaristen, mit Ausnahme der natur-
wissenschaftlichen und medizinischen, vereinigt werden
könnten. Der derzeitige Zustand der Verzettlung der
Seminare habe Mißstände im Gefolge. Wenn die Ver-
einigung der Seminaristen durchgeführt würde, könnte man
auch eine Entlastung des Gebäudes für Archäologie und
Kunstgeschichte eintreten lassen; zumal das Markstall-
gebäude, wie er aus den Verhandlungen der Zweiten
Kammer entnehme, hierzu nicht bestimmt sei.

In Betreff der in der Zweiten Kammer angeregten
Forderung der laryngologischen Klinik in Heidelberg be-
merkt der Redner, daß dieselbe wohl eine der ältesten
Deutschlands sei, daß aber die Entwicklung dieses Zweiges
der Medizin äußerlich an den verschiedenen deutschen
Hochschulen einen verschiedenen Gang genommen habe. An
den meisten Universitäten sei er mit der Ohrenklinik ver-
bunden, nur an wenigen zumeist großen Universitäten
selbständig. Wie die Sache in Heidelberg weiter auszu-
gestalten sei, werde im Zusammenhang mit dem übrigen
klinischen Unterricht der Hochschule entschieden werden
müssen. Bezüglich der Professuren sei dem Antrag der
Universität im Budget nicht ganz entsprochen worden.
Während eine ordentliche und 3 außerordentliche Professuren
angefordert worden seien, wären nur zwei etatmäßige
außerordentliche Professuren im Budget aufgenommen
worden. Redner wünscht, daß eine zweite Lehrstelle für
Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft errichtet
werden möge. Bezüglich der Universitätssekretäre
wünscht Redner mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und
Verantwortlichkeit der Dienststellung derselben ihre Ver-
setzung in Abteilung F 3 des Gehaltstari-
fs. Den Universitätspedellen würden unter Hinweis auf ihr
Nebeneinkommen Gehaltsabzüge gemacht; dadurch seien sie
anderen Universitätsbeamten gegenüber, denen trotz Neben-
einkünfte nichts abgezogen würde, ungünstiger gestellt.
Er bitte die Regierung zu prüfen, ob zu Gunsten der
Pedelle keine Aenderung eintreten könne.

Geh. Hofrath Dr. Kümelin dankt gleichfalls dem
Herrn Staatsminister namens der Universität Freiburg
für das von der Regierung bewiesene Wohlwollen. Den
Wünschen des Herrn Vorredners auf Besserstellung der
Universitätssekretäre und Pedelle kann er sich nur an-
schließen. Die Größe des für die Universität Freiburg
vom Staate zu machenden Aufwandes im außerordent-
lichen Etat finde seine Erklärung durch die notwendige
Erweiterung der Kliniken; für diese großen Ausgaben
kämen also nicht ausschließlich und nicht in erster Reihe
die Interessen der Universität in Betracht; mit ihnen
würden auch dringende soziale Bedürfnisse befriedigt.
Redner will sich nicht darüber beklagen, daß, dem sehn-
lichen Wunsch der Universität entsprechend, noch keine
Summe für den Neubau eines Kollegienhauses im Budget
eingestellt sei; es sei erfreulich, daß die Verhandlungen
in der Zweiten Kammer für diesen Neubau außerordent-
lich günstig verlaufen seien, auch habe der Herr Staats-
minister bei denselben die Aufnahme einer entsprechenden
Summe in das nächste Budget in Aussicht gestellt. Die
Nothwendigkeit eines Universitätsneubaus will Redner
nicht näher begründen; dieselbe sei anerkannt. Die Frage
der Betheiligung der Stadt Freiburg an den Kosten des
Neubaus sei noch nicht geklärt. Redner hofft, daß die
Stadt — was übrigens von maßgebender Stelle schon
zugesagt worden sei — zu einem erheblichen Beitrag sich
bestimmen lasse. Dafür sprächen innere Gründe. Die
Vorteile, die Freiburg aus der Universität zöge, seien
sehr groß. Redner veranschlagt sie — falls sie sich be-
ziffern ließen — auf fast eine halbe Million im Jahr.
Der Neubau werde auch eine Verdünerung für die
Stadt bedeuten. Redner hofft von dem Geschick des
Herrn Staatsministers eine glückliche Abwicklung der
Verhandlungen zwischen der Regierung und der Stadt
Freiburg.

Der Bibliotheksneubau gehe seiner Vollendung
entgegen. Es habe allerdings lange Zeit gedauert, bis
es soweit gekommen sei, theils haben daran Schuld die

Architekten, theils sei die Sache durch die Regierung verzögert worden. Die Summen für die innere Einrichtung des Bibliotheksneubaus seien noch nicht ganz eingestellt und er bitte die Regierung, den Einzug in die neue Bibliothek hierdurch nicht hinauszuschieben. Er wolle der Regierung mit der Behauptung der Verzögerung des Baues keinen Vorwurf machen; für diese sei wohl die Erwägung, durch Zeitablauf eine finanzielle Erleichterung zu erreichen, maßgebend gewesen. Redner bittet die Regierung, den Neubau des Kollegienhauses in rascherem Tempo zu betreiben, da durch eine Verzögerung dieses Baues — was bei dem Bibliotheksbau nicht zuträfe — wirklich erhebliche, zum Theil jetzt schon vorhandene Mißstände hervorgerufen beziehungsweise verstärkt würden.

Bezüglich der Forderung, den katholischen Philosophen in die philosophische Fakultät zu verlegen, behalte er sich seine Ausführungen vor, da er annehme, daß Graf v. Helmsf. diese Frage behandeln werde.

Zum Schluß wendet sich Redner noch gegen die in der Zweiten Kammer vollzogene abfällige Kritik an den Vertretern der klassischen Philologie in Freiburg. Die Redner des anderen Hohen Hauses seien seiner Ansicht nach bei der Schwierigkeit der Beurteilung der Leistungen eines Dozenten nicht in der Lage, die Verhältnisse zu übersehen. Die Angriffe seien kränkend und schädigten das Vertrauen der Studierenden zu den Dozenten. Es sei parlamentarische Übung, daß derartige Dinge zunächst in der Kommission besprochen würden; daß diese Gepflogenheit außer Acht gelassen worden wäre, könne er nur bedauern.

Graf v. Helmsf. bittet, wie vor zwei Jahren, die Regierung um Anstellung eines gläubigen katholischen Dozenten in der philosophischen Fakultät. Es sei ein Recht der Eltern eines Studenten, ein solches des Studenten selbst, daß sie die Philosophie so hören könnten, daß sie sich mit den dogmatischen Anschauungen des Studenten decken. Die gegen die Gewährung seiner Bitte gemachte Einwendung, daß eine katholische Philosophie nicht in den Rahmen der philosophischen Fakultät passe, kann er nicht als stichhaltig anerkennen; wenn die Wissenschaft frei sein sollte, dann sollte Philosophie auch von einem katholischen, gläubigen Dozenten gelehrt werden dürfen. Man habe nun allerdings gestatt, daß auch die bei dem Philosophen der theologischen Fakultät gehörten Kollegien als Philosophen gezählt würden und es sei bestimmt, daß, falls ein Doktorand von dem genannten Philosophen geprüft werden wolle, dieser zuzuziehen sei. Doch — abgesehen davon, daß dies nur ein halbe Maßregel sei — könne er einen Fall, daß dem Verlangen nach Zuziehung des Philosophen der theologischen Fakultät bei der Doktorprüfung nicht entsprochen worden sei. Er halte es für einen Akt ritterlicher Noblesse, wenn der Lehrkörper der Universität Freiburg seine Ueberlegenheit über die in der Minderheit befindlichen Katholiken aufgeben und der vom Redner gestellten Bitte entsprochen würde, damit eine thatsächlich vorhandene ungerechte Behandlung der Katholiken aus der Welt geschafft würde.

Geh. Hofrath Dr. Rümelin: Von dem von dem Herrn Vorredner erwähnten Vorfalle sei ihm nichts bekannt. Es sei nicht richtig, daß bei der Besetzung von Professuren die Konfession eine Rolle spiele; daß die katholischen Dozenten in Freiburg in der Minderzahl seien, wäre ein rein zufälliger Umstand.

Graf v. Helmsf. verwahrt sich dagegen, eine Tendenz dahin behauptet zu haben, daß Katholiken bei der Verteilung von Lehrstühlen weniger berücksichtigt würden. Er habe nur konstatieren wollen, daß thatsächlich mehr protestantische Dozenten an der Universität Freiburg seien.

Geh. Rath Dr. Engler dankt der Regierung für das der Technischen Hochschule entgegengebrachte Interesse und dem Herrn Berichterstatter für seine anerkennenden Worte. Redner hält es für ein Gebot der Dankbarkeit, den historischen Blick auf die Entwicklung unseres Schulwesens nach der Seite der Technischen Hochschule zu ergänzen. In dem abgelaufenen Jahrhundert habe ein glücklicher Stern über der Technischen Hochschule gestanden. In der ersten Hälfte desselben sei es Rebenius gewesen, der sie — als die erste im deutschen Reich — mit weitsehendem Blick gegründet habe. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, wo der technische Aufschwung, der Umschwung in den industriellen und wirtschaftlichen Verhältnissen sie auf eine andere Grundlage gestellt habe, sei es der Landesfürst gewesen, der durch nie rastende Fürsorge, durch persönliche Opfer zur höchsten Blüthe dieselben habe sich entfalten lassen. Innigen Dank gebühre ihm dafür. Zu danken sei auch der Unterrichtsverwaltung und der Landstände, die der Technischen Hochschule stets die erforderlichen Mittel bewilligt hätten. Die Uebereinstimmung aller Parteien in der Sorge für die Entwicklung des Unterrichtswesens sei ein erfreuliches Zeichen für die Lösung der sozialen Gegensätze.

Wenn die Hochschule bezüglich der äußeren Ausgestaltung auf einem gewissen Beharrungszustand angelangt sei, so ist damit nicht gesagt, daß sie nunmehr aus dem Budget ausscheiden solle. So werden sich bei dem steten Wachsen des Zugangs die Hörsäle bald als unzureichend erweisen. Das neue Institut für die elektrotechnische Abtheilung sei wohl das Beste des Deutschen Reiches. Das Aufblühen der elektrotechnischen Abtheilung habe auch die Weiterentwicklung der elektrophysikalischen und maschinen-technischen Abtheilung zur Folge gehabt. Dieses Fortschreiten der Technischen Hochschule sei bereits im Budget berücksichtigt worden. Die Regierung bitte er, den elektrophysikalischen Unterricht nach Möglichkeit zu fördern.

Redner empfand es als einen Mangel, daß die Beamten im Sekretariat und in der Verrechnung zu sehr in Anspruch genommen seien. Die Gewährung der Beihiligung der Professoren an den Einnahmen aus Kollegien gelde werde von der Lehrerschaft dankbar empfunden. Die Einführung von Einzelhonoraren werde auf den Unterricht und den Studiengang der Studierenden vorteilhaft einwirken.

Das Recht den Dr. Ing. zu verleihen, das den Technischen Hochschulen gewährt worden sei, sei ganz besonders auch deshalb mit Freuden zu begrüßen, als das Streben, als Dr. Ing. promovirt zu werden, manchen veranlasse, sich in die technischen Wissenschaften zu vertiefen. Dazu habe es den verlockenden Angeboten der Praxis gegenüber, dieses Anspornes bedurft. Die wissenschaftliche Ausbildung einer Reihe von Technikern erleichtere auch die jetzt sehr schwierige Besetzung des Lehrstuhls für die angewandten Wissenschaften.

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Koff gibt zuerst seinem Danke Ausdruck für die freundlichen Worte, die von allen Seiten der Groß. Regierung für ihre Thätigkeit auf diesem Gebiete gewidmet worden seien, ferner seiner besonderen Befriedigung darüber, daß der Herr Berichterstatter in einem interessanten Rückblick, der sich bis in den Beginn des 19. Jahrhunderts erstreckt habe, von dem allmählichen Wachsen unserer Unterrichtsanstalten gesprochen habe. Er kann im Großen und Ganzen dieser Auffassung vollkommen beitreten und namentlich auch der freundlichen Ansicht, daß auf dieser gewonnenen guten und großen Grundlage sich der Weiterbau in erfreulicher Weise werde vollführen lassen.

Auf die einzelnen, von den Herrn Vorrednern vorgebrachten Dinge eingehend, will er nicht versäumen, auch seiner großen Genugthuung darüber Ausdruck zu geben, daß die Volksvertretung Badens auf diesem bedeutungsvollen Gebiete in so einmüthiger Weise stets große Opfer gebracht habe, die notwendig gewesen seien, um unter Unterrichtswesen in dieser Weise zu gestalten. Der Herr Vertreter der Heidelberger Hochschule habe sich besonders erfreut gezeigt über die Universitätsbibliothek in Heidelberg, die nunmehr in den Beginn sei. Was zur Beschleunigung des Baues gethan werden könne, werde geschehen, weil eben eine besondere Veranlassung dazu da sei, der Wunsch, den Bibliothekbau in dem Jahre, in welchem die Heidelberger Hochschule hundert Jahre unter der geleiteten Regierung des Jährigen Hauses stehe, vollendet zu sehen. Ob es aber möglich sein wird, das stehe dahin; auch der Herr Finanzminister habe ein gewichtiges Wort mitzusprechen, so daß eine feste Zusage in dieser Richtung natürlich unmöglich sei.

Wenn die alte Bibliothek frei werde, werde die Frage gewiß eingehend geprüft, ob das alte Gebäude für ein Gesamtschulministerium verwendet werden könne, so daß die verschiedenen Seminarien in einem Gebäude vereinigt werden können. Das möge ja große Vortheile haben, vielleicht hat es auch nach der einen oder anderen Richtung einige Nachtheile.

Der geehrte Herr Abgeordnete habe auch darauf hingewiesen, daß damit dem Archäologischen Institut Verbesserungen geschaffen werden können, weil bedauerlicher Weise der Neubau eines Instituts im Augenblick ins Stocken gerathen sei. Er möchte aber hoffen, daß wir für das archäologische Institut in Verbindung mit dem Institut für neuere Kunst rascher noch als die Anpassung des alten Bibliotheksbaues möglich sein werde, Fürsorge werden treffen können.

Für die Klinik der Hals- und Rachenkrankheiten in Heidelberg werde die Regierung stets nach allen Kräften zu sorgen suchen. Ihre Bestrebungen gingen dahin, wie in Freiburg, feste Verhältnisse hier zu schaffen; er hoffe aber, daß jedenfalls die lokalen Verhältnisse dieser Klinik entschieden schon in naher Zeit verbessert werden können. Die Genugthuung des Herrn Vertreters von Heidelberg darüber, daß nunmehr zwei Ordinarien zur Zeit in Heidelberg seien für die Nationalökonomie, theile er vollkommen und wünsche nur, daß der ganz ausgezeichnete Vertreter des Faches, der im Augenblick durch Krankheit an der vollen Entfaltung seiner Thätigkeit verhindert sei, möglichst bald wieder in der alten glänzenden Weise seiner Arbeit zurückgegeben werde. Mehrere Herren Vorredner hätten die Frage berührt, daß es erwünscht scheine, wenn den wechselnden Herrn Prorektoren tüchtige, geschulte Arbeitskräfte zur Hilfe für den geschäftlichen Theil zur Seite stehen und haben die Bitte ausgesprochen, doch die Universitätssekretäre günstiger zu stellen. Nach der Richtung werde eben abgewartet werden müssen, bis die Gehaltsordnung revidirt sei. Die Frage sei bei der Aufstellung des Budgets besprochen worden; es habe sich nicht die Möglichkeit ergeben, anders als bei der Revision des Gehaltsstärks auf dem Gebiet vorzugehen.

Der Herr Abgeordnete für Freiburg habe ganz richtig bemerkt, daß die großen Opfer, die von Seiten des Staats für die Kliniken gebracht werden, nicht ausschließlich akademischen Zwecken dienen und es unrichtig wäre, diese Opfer ausschließlich den Universitäten als den Veranlassern zuzuwenden. Er halte es auch für durchaus richtig, zu betonen, welche große soziale Zwecke diese großen Anstalten haben und wie gerade durch eine musterhafte Gestaltung der Kliniken die allergrößten Kreise mit Wohlthaten ausgerüstet werden, die auf anderen Wegen ihnen gar nicht zufallen könnten, gerade die Kreise, für die die gute Gesundheit das Hauptkapital sei, das sie im Leben besitzen. Ueber die Universitätsbibliothek Freiburg sei mit Anerkennung gesprochen

worden. Die Fertigstellung des Gebäudes habe allerdings lange gedauert. Er müsse es aber entschieden ablehnen, daß die Groß. Regierung an der Langsamkeit irgend eine Verschuldung habe; sie habe vielleicht die Verschuldung, daß sie nicht noch mehr Geld bewilligt bekommen habe in dem betreffenden einzelnen Budget, aber das müsse eben eingerichtet werden nach der Gesamtlage der Dinge. Er glaube, wenn auch etwas größere Summen in die einzelnen Budgets gebracht worden wären für den Bau, so hätten die Art des Baues und die Komplikationen, die sich durch den Untergrund und die Durchführung des Wasserlaufs ergeben haben, eben zur Folge gehabt, daß eine gewisse Langsamkeit in der Erstellung des Bauwerkes nicht habe vermieden werden können. Der Umstand, daß nicht die volle Summe für die innere Einrichtung eingestellt sei, werde keine Veranlassung sein, um eine Verzögerung in dem Gebrauche der Bibliothek herbeizuführen. Der Neubau des Kollegienhauses werde das Hohe Haus in den kommenden Budgetperioden ja zu beschäftigen haben; er hoffe bestimmt, daß im nächsten Budget eine erste Rate für diesen Neubau gebracht werden könne. Die Verhandlungen mit der Stadt Freiburg um einen Beitrag, den er für einen ganz notwendigen halte, weil er eben so natürlich und auch von dem Herrn Oberbürgermeister in Freiburg bestimmt in Aussicht genommen worden sei, werden selbstverständlich in der Weise geführt, daß keinerlei Druck auf die Stadt ausgeübt werde. Er glaube auch, der Druck sei ganz unnötig; er sei überzeugt, daß der Herr Oberbürgermeister, wenn er den Plan sehe, wie der Bau geschaffen werden soll, freudig und nicht mit farger Hand geben werde, was die Stadt vernünftigerweise zu einem solchen Unternehmen werde geben können.

Es sei noch die Freiburger Professur der christlichen Philosophie, die zur Zeit mit der theologischen Fakultät verbunden sei, zur Besprechung gekommen. Er möchte sich in dieser Hinsicht begnügen, darauf hinzuweisen, was er in dem anderen Hohen Hause über den ärztlichen Gang gesagt habe: der Versuch sei von der Regierung gemacht, aber in der philosophischen Fakultät nicht günstig aufgenommen worden; es folge daraus aber gar nichts, als daß eben eine Verlegung, die vorher gemacht worden sei für die theologische Fakultät von der philosophischen Fakultät, die ja sonst hätte gehört werden müssen, nicht ohne weiteres acceptirt werden sei. Einen Zwang auszuüben, halte er für unthunlich, weil die Unannehmlichkeiten, die aus einem solchen Vorgehen gegen einen Zweig einer großen wissenschaftlichen Korporation sich notwendig ergeben würden, viel größer seien, als die, wie ihm scheine, kleinen Anzutraglichkeiten, die darin beständen, daß die Professur in der theologischen Fakultät sei.

Es sei nicht allein zugegeben worden, daß die Vorträge von jedem Mitglied der Hochschule als Philosophica gehört werden können, sondern es sei auch im Benehmen mit der Fakultät dafür Sorge getragen worden, daß bei einem Doktoranden auf dem betreffenden Lehrgebiet der Dozent der theologischen Fakultät bei Prüfungen beigezogen werden könne. Wenn das in einem einzelnen Fall nicht geschehen sei, so hätte er eben gewünscht, daß der Einzelfall, wenn er sich dazu geeignet hätte, mit der Fakultät oder mit dem Senat und der Groß. Regierung erörtert worden wäre. Ihm sei Nichts zur Kenntniß gekommen, das die Fakultät im geringsten von dem der Regierung gegenüber ausgesprochenen Grundsatz abzugeben geneigt sein sollte und den betreffenden Dozenten nicht mehr beigeziehen wolle, wenn solche Doktoranden erscheinen, die auf dessen Lehrgebiet doktoriren wollen. Er werde der Sache nachgehen.

Auf eine Statistik über die Konfession der Dozenten an der Hochschule, wie sie Graf v. Helmsf. wie Redner glaube, nicht ganz genau gegeben habe, könne sich die Regierung nicht einlassen; es sei schon im Jahre 1803 im 13. Organisationsedikt Ziffer 21 gesagt, daß „in allen Fakultäten, außer der theologischen, für Lehrstühle ohne Rücksicht auf die Religion der würdigste Kompetent in jedem erledigten Falle von uns wird ernannt werden.“

Er glaube, was im Jahre 1803 schon ausgesprochen worden sei, was unserer heutigen Verfassung entspreche, laut welcher eben alle Religionsgemeinschaften das vollkommene gleiche Recht in dieser Richtung haben, daran könne die Regierung natürlich nicht rütteln. Es würde aber eine Beschwerde sein, wenn jemand um deswillen, weil er der oder jener Konfession angehöre, nicht die seiner wissenschaftlichen Bedeutung entsprechende Beachtung finden sollte. Der Umstand, daß zur Zeit verhältnismäßig wenig katholische Dozenten an den Universitäten sich befänden, werde dadurch hervorgerufen, daß, wie auch hervorgehoben worden sei, die Zahl der katholischen Dozenten von selbst zunehmen.

Er habe sich gefreut, von dem Herrn Vertreter der Technischen Hochschule bestätigt zu hören, daß die Hochschule selbst in erfreulichem Aufschwung begriffen sei.

Die Regierung werde bemüht sein, die Technische Hochschule wie seither auch künftig nach allen Seiten kräftig zu fördern, hoffe nächstens auch auf einen günstigen Abschluß des Abkommens, das ihr noch weiteres Gelände sichern solle und das gerade sehr nützlich und für die Erweiterung der Maschinenbauschule verwendet werden könne. Sie werde bemüht sein, den elektrophysikalischen Unterricht nach Möglichkeit zu fördern und er habe in dieser Richtung die allerbeste Hoffnung. Wenn er noch

einen Moment bei den Bestrebungen der Universitäten, sich nach der technischen Seite gleichfalls auszubilden, verweise, so gehehe dies, weil ja an einzelnen Universitäten diese Versuche praktisch gemacht worden seien. Er glaube, daß die Versuche einer nachträglichen Vereinigung der beiden Arten von Hochschulen immer nur zu einzelnen Spezialitäten führende Versuche bleiben würden. Was historisch eben besonders gewachsen sei, könne nicht nachträglich aus theoretischen Gründen zusammengeführt werden. Dadurch werde aber das Bestreben der technischen Hochschule, die allgemein bildenden Fächer bei sich stärker zu betonen, nicht berührt werden.

Er könne zum Schluß nur wiederholen: was die Großh. Regierung irgend thun könne, das Unterrichts- wesen, das in erfreulicher Weise organisiert und gefördert sei, zu heben und zu erweitern, das werde geschehen im Interesse des Landes, das schon so große Opfer gebracht, aber, wie er hoffe, auch die Belohnung erhalten habe und auch weiter erhalten werde durch die Hebung der Bildung und Gesittung in unserer schönen Heimath.

Geh. Rath Dr. Schneider: Von den bedeutenden Veränderungen, welche sich in den letzten Jahrzehnten im Mittelschulwesen vollzogen haben, sei das humanistische Gymnasium nur wenig berührt worden, wohl aber bestrebe sich jetzt eine lebhaftere Bewegung, welche mehr oder weniger einschneidende Umgestaltungen auch in diesem Zweige der höheren Schulen anstrebe. Die gemäßigteren Vertreter dieser Reformbewegung wollen zwar nicht an den alten Sprachen und ihrer Literatur rütteln in der berechtigten Ueberzeugung, daß diese das charakteristische Unterscheidungsmerkmal des humanistischen Gymnasiums von allen anderen Mittelschulen sein und bleiben sollen und daß es ein unerfährlicher Verlust wäre, wenn das Latein und Griechische und die durch das Studium dieser Sprachen vermittelte Einführung der Schüler in das Geistesleben der antiken Welt als Lehrstoff aus den Lehrplänen verbannt würden, ganz abgesehen davon, daß diese Schulen zum akademischen Studium von Wissenschaften vorbereiten sollen, zu deren Inhalt die alten Sprachen entweder selbst gehören, oder für welche sie wenigstens unentbehrliche Hilfswissenschaften bilden. Dagegen wende sich jene gemäßigtere Reformbestrebung gegen die Zurücksetzung der Naturwissenschaften, der Mathematik und der neueren Sprachen, des Französischen und Englischen, und in der That scheine eine Verstärkung dieser Unterrichtsgegenstände, wenigstens der neueren Sprachen, nicht ganz von der Hand gewiesen werden zu können.

Der Raum, welcher den neuern Sprachen in den verschiedenen Mittelschulen gewährt werde, sei ein sehr verschiedener. Im Lehrplan der Gymnasien und Realgymnasien beginne das Französische in Quarta, in der Oberrealschule schon in Sexta und umfasse durch alle Jahresturse zusammen im Gymnasium 20, im Realgymnasium 26, in der Oberrealschule 46 Wochenstunden; in der Karlsruher Einheitschule, dem sogenannten Reformgymnasium, mit fünfklassigem Unterbau und zwei Abzweigungen je in die vier weiteren Klassen des Gymnasiums und des Realgymnasiums, beginne der Unterricht in der Sexta des Unterbaues, werde durch alle Jahresturse der beiden Abzweigungen fortgepflanzt und weise im Unterbau 24, im Gymnasium weitere 8 und im Realgymnasium weitere 10 Wochenstunden auf. Das Englische bilde im Gymnasium keinen obligatorischen Lehrgegenstand, sei vielmehr in doppelter Weise fakultativ, indem dieser Unterrichtsgegenstand nur für freiwillige Theilnehmer eingerichtet, und nur da in den Stundenplan aufgenommen werde, wo ein besonderes Bedürfnis und Gelegenheit dazu vorhanden sei. Der Oberschulbehörde bleibe es überlassen, im einzelnen Falle über die Einrichtung eines solchen Kurzes zu entscheiden. Im Realgymnasium und in der Oberrealschule beginne der englische Sprachunterricht in Untertertia, umfasse dort 18, hier 24 Wochenstunden, während er sich im Reformgymnasium auf die Abzweigung in das Realgymnasium mit 19 Wochenstunden beschränkt.

Der französische Sprachunterricht im Gymnasium verfolge als Lehrziel den Zweck, einerseits das Verständniß französischer Schriftwerke zu vermitteln, andererseits die Sprache selbst dem Schüler wenigstens soweit zu eigen zu machen, daß er sich in ihr grammatikalisch richtig und mit einiger stilistischen Gewandtheit schriftlich und mündlich auszudrücken vermöge, wobei schon auf der untersten Stufe ein besonderes Augenmerk auf die Aussprache gerichtet werden sollte.

Für den Unterricht in der englischen Sprache gelten im allgemeinen die gleichen Gesichtspunkte, wie für das Französische.

Ob nun aber dieses Ziel bei der bestehenden Einrichtung im Gymnasium wenigstens durchschnittlich erreicht werde und überhaupt erreichbar sei, wisse Redner nicht, glaube aber, ohne irgend Jemanden zu nahe treten zu wollen, es bezweifeln zu dürfen, und doch sei bei der kosmopolitischen Gestaltung unseres Kulturlebens und da Deutschland mehr und mehr Industriestaat werde, der für den Weltmarkt arbeite und hauptsächlich mit England und Frankreich konkurriert, die Kenntniß jener neuen Sprachen nicht nur für diejenigen, welche in großen wirtschaftlichen Betrieben thätig sind, sondern für jeden Gebildeten ein unabweisbares Bedürfnis geworden. Dazu komme der kolossale internationale Verkehr, welcher es mit sich bringe, daß man beispielsweise in der hohen Reiseaison, selbst im engern Heimatlande, kaum einen Tag reisen könne, ohne in die Lage zu kommen, französisch oder englisch angesprochen zu werden; da müßte es denn doch eine peinliche Situation hervorgerufen, wenn ein sonst Gebildeter derjenigen Nation, welche den Ruf

der gelehrtesten genießt und auch im höhern Schulwesen eine führende Stellung einnimmt, in der fremden Sprache, zudem einer Weltsprache, nur nothdürftig und ungenügend, vielleicht gar nicht sich auszudrücken vermöchte. Nach Redners Empfinden sollte deshalb jenen beiden Sprachen im Lehrplane des Gymnasiums eine ausgiebigere Pflege zu Theil werden. Allerdings könnte dies ohne Gefahr der Ueberbürdung nur auf Kosten des Unterrichts in den alten Sprachen geschehen, der übrigens, unbeschadet des humanistischen Charakters des Gymnasiums, immerhin noch eine mächtige Einschränkung ertragen könnte. Indeß würde auch auf diese Weise außer dem Verständnisse der Literatur kaum mehr erreicht werden können, als die Fertigkeit, rasch aus dem Deutschen in die fremden Sprachen zu übersetzen; für den gesellschaftlichen Verkehr wäre dies aber schon genug, während freilich die vollständige Beherrschung einer Fremdsprache, die Fähigkeit, in derselben zu denken, und im Sprachgeiste der Gegenwart korrekt sich auszudrücken, nur durch längern Aufenthalt im Auslande erlangt werden könne.

Ein besonderer Anlaß, dem Gegenstande erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, dürfte sich aus dem kürzlich im Hohen Hause gefaßten Beschlusse über die Berechtigung der Oberrealschulen ergeben, über die Frage nämlich, ob die Abiturienten dieser Schule berechtigt seien, zur Staatsprüfung in den höhern technischen Fächern zugelassen zu werden. Diese Berechtigung sei zur Zeit nicht anerkannt und bei der Stellung der einzelnen Ministerien zur Frage in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten. Die Folge dieses Zustandes würde darin bestehen, daß die fünfjährigen Staatstechniker ihre wissenschaftliche Vorbildung nach wie vor hauptsächlich im Gymnasium suchen werden. Auf diese Weise werden sie zwar eine vielseitigere Bildung erlangen, zugleich aber auch eine Einbuße an intensiveren Kenntnissen in jenen Unterrichtsfächern erleiden, auf deren Gebiete der Schwerpunkt ihrer wissenschaftlichen Vorbildung ruht. Durch die geistige Schulung mittelst des Studiums der alten Sprachen werde aber diese Einbuße nicht ausgeglichen, denn auch jenen andern Fächern käme, obgleich nicht in so hohem Grade wie den alten Sprachen, die Bedeutung formeller Bildungsmittel des Geistes zu. Dies gelte namentlich von der Mathematik und von der französischen Sprache, von letzterer wegen ihres logischen Aufbaues und der Präzision des Ausdrucks, Eigenschaften, welche ihr die bevorzugte Verwendung als diplomatische Sprache verschafft haben. Nur die Gewährung eines breiteren Raumes für die modernen Fächer, insbesondere für die neuern Sprachen, im Lehrplane der Gymnasien wäre geeignet, jenen Ausgleich zu bewirken und zugleich eine Lücke in der allgemein wissenschaftlichen Vorbildung zu den sogenannten gelehrten Berufen auszufüllen.

Geh. Rath Dr. Arnspäcker, Direktor des Großh. Oberschulraths erklärt, den Wünschen die der Berichtserlatter bezüglich der Statistik über das Unterrichts- wesen ausgesprochen habe, nach Möglichkeit nachzukommen. Auch er würde es für wünschenswert halten, wenn die Statistik bis in den Anfang des Jahrhunderts zurückgeführt werden könne, doch bezweifle er, daß dieser Wunsch sich erfüllen lasse. Die statistische Arbeit besäße man bereit einzurichten, daß man die zu erhebenden eingehenden Tatsachen von einem bestimmten Zeitpunkt an — es sei der 1. Dezember 1900 in Aussicht genommen — alljährlich feststelle. Daran anschließend solle die zurückliegende Zeit in größeren Gruppen statistisch behandelt werden, als Einleitung könne dann die Entwicklung des Unterrichts- wesens im Laufe des Jahrhunderts, soweit eine solche Darstellung möglich ist, vorangestellt werden.

Wenn Geh. Rath Dr. Schneider wünscht, daß der Ausbildung in den modernen Sprachen — wie dies auch im Kommissionsbericht ausgeführt sei — an den humanistischen Anstalten mehr Werth beigelegt werde, so müsse er doch betonen, daß der Betrieb der modernen Sprachen in den Gymnasien — sofern man diesen ihren eigentlichen Charakter nicht nehmen wolle — Beschränkungen unterworfen und daß das Hauptgewicht auf die alten Sprachen zu legen sei. Von anderer Seite werde verlangt, es möchte auf eine gründlichere Ausbildung in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen hingewirkt werden. Wenn man diese beiden Punkte im Lehrplan berücksichtigen wolle, so sei entweder die Ueberbürdung der Schüler die Folge, oder es werde nur Halbes geleistet. In diesen beiden Richtungen läge eine große Gefahr. Der Unterricht in den modernen Sprachen auf dem Gymnasium solle nur die Grundlage geben, auf der die Weiterbildung möglich sei.

Redner betont, daß eine weitere Einschränkung der alten Sprachen, — wie solche von dem Herrn Vorredner angedeutet worden sei — durchaus nicht zuzulassen sei, wenn das humanistische Gymnasium das leisten soll, was man von ihm erwarte.

Die Unterrichtsverwaltung sei überzeugt, daß nur das Gymnasium in seiner heutigen Form eine Gewähr für eine gründliche Ausbildung in den alten Sprachen biete. Um den Versuch zu machen, solche auch auf einem anderen Wege mit gleichzeitiger größerer Berücksichtigung der modernen Sprachen und der Naturwissenschaften zu erreichen, habe die Großh. Unterrichtsverwaltung zögernd die Zustimmung gegeben, auf dem sog. Reformgymnasium erst ein späteres Beginnen mit dem Unterricht in den klassischen Sprachen zu versuchen. Ein Urtheil über die Ergebnisse des Reformgymnasiums sei zur Zeit noch nicht möglich. Wir befänden uns eben in einer Uebergangszeit und deshalb sei es gefährlich, in den jetzt schon bis zum äußersten ausgebildeten Lehrplan des Gymnasiums noch neue Gegenstände oder eine Erweiterung einzelner Fächer hineinzutragen,

Geh. Kommerzienrath Dissen hält die Anregung des Herrn Geh. Raths Dr. Schneider für sehr beachtenswert. In dem Kommissionsbericht seien ähnliche Ausführungen enthalten, die sich jedoch nicht auf die Gymnasien beschränken, sondern sich auf alle Mittelschulen, insbesondere die Realmittelschulen bezögen. Redner rath davon ab, allzuviel Erwartungen an das zu knüpfen, was auf den Schulen in der Ausbildung in den modernen Sprachen zu erreichen sei. Die Konversation könne nur im Auslande erlernt werden. Es sei ja zuzugeben, daß die eine Schwierigkeit, die der Erlernung einer fremden Sprache entgegenstehe, nämlich die Verfügung über einen Wortschatz, auf der Schule theilweise überwunden werden könne; allein die andere Schwierigkeit — eine richtige Aussprache — sei nur im Auslande zu beheben. Allein trotzdem solle der Erlernung moderner Sprachen auf den Schulen volle Aufmerksamkeit geschenkt werden; denn nur auf guter grammatikalischer Unterlage lasse sich eine Sprache erlernen.

Geh. Hofrath Dr. Rämelin glaubt mit dem Herrn Regierungsvorredner, daß der Unterricht in den alten Sprachen auf den Gymnasien zu Gunsten der modernen nicht eingeschränkt werden solle. Redner wirft die Frage auf, ob es sich vielleicht nicht empfehlen dürfte, in Geographie und Geschichte weniger, insbesondere weniger thatsächliches Material zu verlangen. Er gibt zur Erwägung, ob es nicht zweckmäßig sei, anstatt des durch alle Fächer hindurch gleichmäßigen Unterrichts in allen Klassen des Gymnasiums, eine Abwechslung im Unterricht derart einzuführen, daß sowohl der Unterrichtsstoff und die Methode sich von bestimmten Klassen an ändern solle.

Professor Dr. Schäfer: Als Historiker müsse er aus seinen eigenen Erfahrungen betonen, daß eine Einschränkung des Unterrichts in den klassischen Sprachen nicht angezeigt sei. Er müsse übrigens bemerken, daß er die Wahrnehmung mehrfach gemacht habe, daß die Real- schulabiturienten den Gymnasialabiturienten in den modernen Sprachen nicht wesentlich überlegen seien. Bei allen diesen Fragen, so auch bei der Frage der Ausdehnung der Berechtigungen der Oberrealschulen, handle es sich um die Existenz des Gymnasiums. Die Agitation, deren Zweck es sei, den Real- schulen, unter Umständen nach Ablegung einer Ergänzungsprüfung, die Berechtigung der Zulassung zu allen akademischen Fächern zu ertheilen, werde mit Erreichung dieses Zweckes nicht abgeschlossen sein. Man werde dann sagen, da nur die Realschule die geeignete Vorbildung zu den technischen Fächern gebe, sei es nöthig, daß der Gymnasialabiturient, der ein technisches Fach ergreifen wolle, noch eine Ergänzungsprüfung zu bestehen habe. So ginge das Ziel der Einheitschule vollständig verloren und wäre keine Mittelschule mehr da, die ohne Abschloßung eines Ergänzungsexamens bestimmte Berechtigungen geben könne.

Geh. Rath Dr. Schenkel giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich an die Bemerkung des Kommissions- berichts eine so interessante Debatte angeknüpft habe.

Wenn auch im Inlande selbst unter den Inländern weniger fremde Sprachen gesprochen würden, so sei doch, dies gelte insbesondere für Techniker, ein Bedürfnis nach Ausbildung der Jugend in modernen Sprachen gegeben. Auf diese Ausbildung, insbesondere auch bei dem Studium der betreffenden Lehrer aufmerksam zu machen, sei der Zweck der Bemerkung im Kommissionsbericht.

Redner kommt sodann auf die Einrichtung von Volksbibliotheken, die im Interesse der geistigen und auch der sittlichen Ausbildung der Bevölkerung dringend wünschens- werth sei, zu sprechen. Dies sei ein Gebiet, wo der Gemein- sinn reicher Privatleute nutzbringend betätigt werden könne. Um zu zeigen, daß auch der Staat in der Förderung der Volksbibliothek ein Kulturinteresse ersehe, möchte er die Regierung bitten, in das nächste Budget eine entsprechende Position einzustellen.

Geh. Hofrath Dr. Rämelin bittet bei einer eventuellen Staatsunterstützung die Freiburger Volksbibliothek zu bedenken.

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Noff ist Herrn Geh. Rath Dr. Schenkel für die Anregung dankbar und ist gern bereit, auch das Interesse der Regierung an den Volksbibliotheken durch Aufnahme einer entsprechenden Position in das Budget zu betätigen. Er kann nur gleichfalls wünschen, daß der Gemein- sinn der mit Glücksgütern gesegneten Einzelpersonen der Förderung der Volksbibliothek wie auch anderer gemeinnütziger wissenschaftlicher Unternehmungen sich zuwenden, dieselben mit Geld unterstützen. Einzelne Vorgänge seien erfreulicher Weise schon zu verzeichnen. Für die Weiterbildung der Schuljugend werde übrigens auch an Schulbibliotheken viel gethan. Redner schließt mit dem Wunsche, es möge dem Liberalitätsakt, dem die Sternwarte in Heidelberg schon ein weiteres schönes Geschenk verdanke, bald auch solche auf anderen Gebieten folgen.

Geh. Rath Dr. Engler will nur kurz bemerken, daß er durch die Ausführung des Herrn Professor Dr. Schäfer über die Frage der Berechtigung der Oberrealschulen seinen im Hohen Hause früher geltend gemachten Standpunkt nicht aufgegeben habe. Allein da er die Diskussion über diese Frage als mit der vorletzten Sitzung abgeschlossen betrachte, enthalte er sich weiterer Ausführungen.

Titel 10 § 7.

Professor Dr. Schäfer will seiner Freude Ausdruck geben, daß ein Karlsruher Privatmann der Sternwarte in Heidelberg ein werthvolles Fernrohr zum Geschenk gemacht habe. Er bitte die Regierung um Prüfung der Frage, ob nicht den Leitern der Sternwarte durch Ab-

